

Special Wissenschaft & Forschung

Gottfried Bacher: „Die durch den Bologna-Prozess initiierten Veränderungen hin zu mehr Flexibilität und Internationalisierung ermöglichen Universitäten eine weit gezieltere Ausbildung von Nachwuchs-Forschern, als dies bisher der Fall war“, erklärt der Leiter der österreichischen Bologna-Kontaktstelle im Wissenschaftsministerium.

Europaweit flexibel studieren

Manfred Lechner

economy: Welche Ziele verfolgt der Bologna-Prozess?

Gottfried Bacher: Die Herausforderung besteht in der Harmonisierung der europäischen Hochschul- und Universitätsstrukturen. Studenten sollen in Zukunft bruchlos in Europa studieren können. Basis ist Freiwilligkeit, da es sich um keine von der EU vorgegebenen Umsetzungsnormen handelt, sondern der Prozess auf einer 1998 getroffenen Vereinbarung der Bildungsminister beruht.

Worin bestehen die bedeutendsten Veränderungen?

Diese betreffen die europaweite Umstellung auf das sechssemestrige Bachelor- und das darauf aufbauende viersemestrige Master-Studiensystem. So lassen sich die Wünsche von Studierenden, die rasch in ihrem Beruf arbeiten möchten, und die gezielte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf einem weit höheren Niveau als bisher realisieren.

Können Bachelors ihr erworbenes berufliches Know-how

später wieder in den Universitätsbetrieb einbringen?

Die Trennlinien zwischen Universität und Berufsleben werden durchlässiger, da das Master-Studium auch nach dem Berufseinstieg absolviert werden kann, was zum Wissenstransfer von der Wirtschaft zur Universität beiträgt.

Wie wird die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern verbessert?

Das Doktoratsstudium erfuhr, wie alle anderen Prozesse auch, eine Flexibilisierung. War

es bisher so, dass ein Recht auf diese Ausbildung bestand, so versuchen die Universitäten nun, gezielt die bestqualifizierten Studenten auszusuchen.

Wovon können Doktoratsstudenten profitieren?

Kurz gesagt: von der Internationalisierung und Professionalisierung. Doktoratsstudierende sollen in Zukunft von zwei Professoren betreut werden. Einer der beiden sollte von einer ausländischen Universität kommen. Das Studium dauert mindestens drei Jahre. Die Einbindung in Forschung und Lehre soll über eine befristete Anstellung erfolgen.

Stichwort Mobilität: Werden universitäre Angebote europaweit vergleichbar sein?

Derzeit studiert rund ein Drittel auch an ausländischen Universitäten. Wünschenswert ist aber eine Steigerung auf 50 Prozent. Für vergleichbare Qualitätsstandards sorgt die Anwendung der europäischen Qualitätsleitlinien. Die volle Anrechenbarkeit sichert das European Credit Transfer System (ECTS). Aufgabe der Universitäten ist es, die Curricula an dieses System zu adaptieren.

Mit welchen Folgewirkungen?

Für die Absolvierung des Studiums muss eine gewisse Anzahl von Credits nachgewiesen werden. Neu und mobilitätsfördernd ist, dass die dafür notwendigen Module überall in Europa absolviert werden können.

Steckbrief



Gottfried Bacher ist Leiter der Bologna-Kontaktstelle im Wissenschaftsministerium. Foto: BWF

Was wird sich ändern?

Die Zusammensetzung der ECTS-Punkte berücksichtigt in erster Linie die für eine Lehrveranstaltung aufzuwendende Gesamtarbeitszeit. Die Universitäten sind weiters gefordert, Angaben über die Modul- als auch die Studienziele sowie die Lehrinhalte zu veröffentlichen.

Welche Aufgabe nimmt das Wissenschaftsministerium wahr?

Das Ministerium dient als Informationsdrehscheibe. Die nationale Follow-up-Gruppe erarbeitet gemeinsam mit allen Beteiligten die österreichischen Positionen zum Bologna-Prozess. Diese werden dann von uns in die europäische Follow-up-Gruppe eingebracht, und im Anschluss daran informieren wir unsere nationalen Partner über die dort getroffenen Vereinbarungen.



Flexibilisierung und europaweit harmonisierte Studienbedingungen ermöglichen die gezielte Förderung und Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern. Foto: Bilderbox.com

Universität Wien macht sich bolognafit

Beratungsbüro unterstützt Fakultäten und Institute bei der notwendigen Neuerstellung von Lehrplänen.

In den vergangenen zehn Jahren mussten österreichische Universitäten eine Vielzahl von Umstrukturierungen umsetzen. „Wir hatten gerade eine Curriculumsreform hinter uns, als im Jahr 2005 mit der Implemen-

tierung des Bologna-Prozesses begonnen wurde“, erklärt Ilse Schrittmesser, Professorin am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien und Leiterin des vom Wissenschaftsministerium finanzierten Projekts „Bologna-Büro“. Diese Umsetzung stellt derzeit einen weiteren Schritt dar, um die Konkurrenzfähigkeit von Universitäten und Nachwuchsforschern zu sichern. „Eine der guten Neuerungen dieses Prozesses stellt die Modularisierung der Curricula dar. Module sind als Bündel von zusammengehörigen Lehrveranstaltungen zu verstehen, die zur Erfüllung bestimmter ausgewiesener Studienziele dienen. Das hat zur Folge, dass Lehrende ihr Lehr-

angebot stärker als bisher untereinander abstimmen und Curricula dadurch ‚studierbarer‘ werden“, so Schrittmesser.

Kontinuierliche Umsetzung

Wiewohl der Prozess erst vor zwei Jahren eingeleitet wurde, stellten an der Universität Wien bereits 2006 die Informatik, die Wirtschaftswissenschaften und das Zentrum für Sportwissenschaften auf die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge um. „Weit fortgeschritten sind die Arbeiten bei den Fakultäten für Philosophie und Bildungswissenschaft, den Sozialwissenschaften, den naturwissenschaftlichen Fakultäten sowie der Mathematik“, so Schrittmesser. Ein weiterer Aspekt der

Implementierung ist die Umstellung der Curricula auf das European Credit Transfer System (ECTS). Dieses zwingt Universitäten zur Offenlegung des zu erwartenden Arbeitsaufwands für Studierende. Aufgabe des Büros ist es, den Bologna-Prozess entsprechend den von der Universität definierten Eckpunkten zur Curricularentwicklung umzusetzen. Es berät bei der Erstellung der für die Bachelor- und Master-Ausbildung notwendigen Curricula und sorgt für Informationsaustausch. Die Umstellungen basieren auf Gestaltungsprinzipien, die in einem diskursiven Prozess von allen Universitätsplayern erarbeitet wurden. „Vorteil des Konsenses ist, dass

eine reibungsärmere Umsetzung ermöglicht wird“, erklärt Schrittmesser. Zudem beschäftigt das Bologna-Büro fünf Berater, die die Fakultäten bei der Umsetzung mit unterschiedlichen Fach-Expertisen unterstützen sollen. malech

Die Serie erscheint mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

Teil 2

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei *economy*. Redaktion: Ernst Brandstetter. Der dritte Teil erscheint am 16. Februar 2007.

Info

● **Der Bologna-Prozess verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:** die Förderung von Mobilität, internationaler Wettbewerbsfähigkeit sowie der Beschäftigungsfähigkeit von Studenten und Doktoranden europäischer Universitäten. Regelmäßige Evaluierungen sorgen für die notwendige Qualitätssicherung an den Universitäten.